

Interpellation Fraktion GB/JA!/GPB (Natalie Imboden, GB): Militär(macht)-demonstrationen im Rahmen der BEA in der Stadt Bern

Wer dieses Jahr die BEA im Wankdorf besuchen will, erlebt für einmal „getarnte“ Wunder: Schützenpanzer, militärische Anlagen, simulierte Einsatzsituationen, Kampfgeräte und -einrichtungen organisiert vom VBS dominieren rund um das BEA-Gelände. Auch PassantInnen und AnwohnerInnen können sich diesem militärischen Schauspiel kaum entziehen.

Am 25. November 1993 hat der Stadtrat das Postulat „Aktive Friedenspolitik der Stadt Bern“ (Ursula Hirt) überwiesen, nachdem es auch der Gemeinderat zur Annahme empfohlen hatte. Das Postulat hat den Gemeinderat aufgefordert, „alle in seiner Kompetenz stehenden Massnahmen zu ergreifen“ damit auf dem Gebiet der Stadt Bern keine militärischen Übungen und Anlässe mehr stattfinden. Zudem wurde der Gemeinderat aufgefordert, aktiv eine kommunale Friedenspolitik zu fördern.

Rund zehn Jahre später sind BEA-BesucherInnen und PassantInnen mit einer geballten Armeepräsenz rund um die BEA konfrontiert: unübersehbar und dominant. Während gleichzeitig, sowohl im Irak, aber auch an unzähligen anderen Schauplätzen weltweit tatsächlich Krieg herrscht, spielen in Bern Kinder auf Schützenpanzern herum.

Wir fragen den Gemeinderat daher an:

1. Hat der Gemeinderat Kenntnis von dieser militärischen Präsenz im Rahmen einer beliebten Publikumsmesse wie der BEA?
2. Teilt er die Einschätzung, dass derartige Anlässe keinen Beitrag zu einer aktiven Friedensförderung leisten?
3. Hat der Gemeinderat im aktuellen Fall oder in der Vergangenheit im Sinne des angenommenen Postulats „alle in seiner Kompetenz stehenden Massnahmen ergriffen“ damit auf dem Gebiet der Stadt Bern keine militärische Übungen und Anlässe mehr stattfinden. Wenn Ja in welcher Art und Weise?

Bern, 29. April 2004

Interpellation Fraktion GB/JA!/GPB (Natalie Imboden, GB), Michael Jordi, Daniele Jenni, Catherine Weber, Simon Röthlisberger

Antwort des Gemeinderats

Die BEAbern expo hat auf Anfrage des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) die Sonderschau „Mehr Sicherheit und Bewegung“ für die BEA 2004 ins Programm aufgenommen. Dieselbe Ausstellung hat das VBS im Herbst 2003 am „Comptoir“ in Lausanne durchgeführt, im Herbst 2004 ist das VBS Gast an der „Foire du Valais“ in Martigny. Die VBS-Sonderschau gewährte an der BEA vom 23. April bis 2. Mai 2004 einen Blick hinter die Kulissen des VBS, das mit der Armee und dem Bevölkerungsschutz über Instrumente der Sicherheitspolitik verfügt. Vertreten beim Auftritt des VBS war auch das Bundesamt für Sport (BASPO). Das BASPO legte das Schwergewicht auf den Breitensport und gab Tipps zu einem gesünderen Leben durch mehr Bewegung. Die Präsentation der neuen Armeestrukturen, des Bevölkerungsschutzes und des Sports sowie das Bistro militaire stiessen auf reges Publi-

kumsinteresse. Mit insgesamt 280'000 Eintritten verzeichnete die BEA/PFERD 2004 einen Zuwachs von 10'000 Personen oder 3,7% mehr Besuchende als im Vorjahr, was sicher zum Teil auf die Sonderschauen (neben VBS auch 650 Jahre Inselspital) zurückzuführen war.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat wurde von der BEAbern expo bezüglich der Sonderschau des VBS im Vorfeld nicht kontaktiert. Er erhielt Kenntnis von der Sonderschau erst durch die Vorankündigungen der BEAbern expo.

Zu Frage 2:

Das VBS hat in der Sonderschau nicht die Verteidigung, sondern die Sicherheit und den Sport thematisiert. Mit der Ausstellung wurden neue Aufgaben der Armee im Bereich Bevölkerungsschutz ins Zentrum gestellt. Die Ausstellung hat keinen Anspruch im Sinne der aktiven Friedensförderung an sich selber gestellt. Der Gemeinderat sieht auch keinen Hinweis, dass die Ausstellung friedenspolitisch kontraproduktive Wirkung erzielt hätte.

Zu Frage 3:

Das Postulat Ursula Hirt vom 25. November 1993 verlangte die Prüfung von zahlreichen Forderungen im Zusammenhang mit der Unterbindung von militärischen Aktivitäten auf dem Platz Bern. Ohne auf die politische Würdigung bezüglich Sinn oder Unsinn von solchen Verboten eingehen zu wollen, zeigte sich, dass die Forderungen übergeordnetes Recht tangieren und somit nicht auf lokaler Ebene zu behandeln sind. Ein weiterer Punkt bezog sich auf die Nutzung des Kasernenareals. Bei der Forderung, wonach im Zusammenhang mit verschiedenen Armeereformen geprüft werden sollte, welche Armeeliegenschaften einer zivilen Nutzung zugeführt werden könnten, bestand zwischen dem Gemeinderat und der Parlamentsmehrheit Übereinstimmung. Die diesbezüglichen Anstrengungen des Gemeinderats zeigten denn auch positive Wirkung: Mit der Nutzung der ehemaligen Stallungen durch die Hochschule für Künste wurde ein beträchtlicher Teil des Kasernenareals für zivile Belange geöffnet. Diesen Sachverhalt hat der Gemeinderat im Rahmen seines Prüfungsberichts, nachzulesen im Anhang des Verwaltungsberichts 1995, Seite A 11, dargelegt.

Bern, 3. November 2004

Der Gemeinderat